

Beschlussheft

31. Bundeskongress

Wintersemester 2022/23

Die Linke.SDS

DIELINKE
SDS

Inhaltsverzeichnis

A1. Leitantrag des Bundesvorstands zum 31. Bundeskongress.....	3
A2. Bereitstellung eines SDS-Sharepic-Generators.....	10
A3. Lasst uns »Genug ist Genug! an die Hochschulen holen!	12
A5. Unterstützung der Konferenz „Gewerkschaftliche Erneuerung“ der Rosa Luxemburg Stiftung	16
A6. SDS-Verbandswochenende: Gruppenpraxis und Verbandsprojekte stärken	17
A7. Sommerakademie für immer!	20
A8. Antrag: AntiRa Bildungs- und Vernetzungswochenende im SDS	21
A9. Antrag: Solidarität mit dem revolutionären Aufstand im Iran!	23
A11. Rosa-Luxemburg Konferenz und Luxemburg-Liebkecht-Demonstration 2023..	28
A12. Solidarität mit dem Sozialistischen Kuba!	29
A15. Unterstützung der Kampagne "Flip the switch - Tax the rich!"	31
A16. Für eine sozialistische Klimabewegung - TVN 24 unterstützen	33

A1. Leitantrag des Bundesvorstands zum 31. Bundeskongress

So wie es ist, kann es nicht bleiben.

I. Unsere neue Normalität

Noch in den Ausläufern einer globalen Jahrhundert-Pandemie bricht der verheerendste Krieg seit Jahrzehnten in Europa aus und überzieht die Welt mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zerwürfnissen, während gleichzeitig zu allem Überfluss die Klimakrise als größte menschengemachte Katastrophe in ihren Vorboten spürbar wird. Was wie der Plot eines mittelmäßigen Endzeit-Romans klingen mag, stellt vielmehr unsere neue Normalität dar. Während andere angesichts der Lage kapitulieren oder in blinden Aktionismus verfallen, kommt diese Situation für einen sozialistischen Studierendenverband weder unerwartet noch unerklärlich daher. Mit einem kühlen und marxistisch geschulten Kopf lassen sich die Triebkräfte und Ursachen dieser „ökonomisch-ökologischen Zangenkrise“¹ verstehen.

Spätestens seit den Zeiten Rosa Luxemburgs ist bekannt, dass der Kapitalismus nicht ohne ein zu kolonisierendes Außen existieren kann. Dies können die kostenlose Reproduktionsarbeit von FLINTA*-Personen, bisher nicht in die Kapitallogik eingefriedete Gebiete oder Lebensbereiche, aber auch die Ressourcen der Natur sein. Somit trifft auch heute noch zu, was Karl Marx vor 150 Jahren in Worte zu fassen wusste: „Die kapitalistische Produktion entwickelt [...] nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“.²

Auf der Suche nach stetiger Vermehrung des Kapitals liefern sowohl die ausgebeuteten fossilen Brennstoffe als auch die menschliche Arbeitskraft jene Energie, die die unendlichen systemischen Wachstumsimperative befriedigen soll. Diese globale Produktionsweise hat in den letzten zweihundert Jahren den gesamten Planeten und alle menschlichen Lebensbereiche im Sinne einer eigenen Logik umgestaltet, sodass wir heute gar vom Erdzeitalter des Kapitalozäns³ sprechen können. Die Aneignung von Arbeit und Natur bilden dabei die große Klammer, innerhalb derer sich die Klimakrise und die mannigfaltigen Konflikte unserer Zeit entfalten.

¹ Die „ökonomisch-ökologischen Zangenkrise“ meint, dass der fossile Kapitalismus strukturell auf Wirtschaftswachstum zur Überwindung von Krisen angewiesen ist und damit immer stärker seine eigene natürliche Grundlage zerstört. Die Gesellschaft befindet sich also in der Zange zwischen sozialer Not und ökologischer Krise. Vgl. Dörre, Klaus: *Gesellschaft in der Zangenkrise. Vom Klassen- zum sozial-ökologischen Transformationskonflikt*. In: Dörre, Holzschuh, Köster, Sattel (Hg.): *Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität*. Campus, Frankfurt am Main/New York 2020.

² Marx, Karl; Engels, Friedrich: *Marx-Engels-Werke Band 23. Das Kapital. Erster Band: Der Produktionsprozess des Kapitals*. Dietz, Berlin 1962. S. 529f.

³ Vgl. z.B. Altvater, Elmar: *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*. Westfälisches Dampfboot Verlag, Münster 2005.

So konkurriert die auf unterschiedliche Nationen aufgespaltene besitzende Klasse um die Verwertbarkeit ihres jeweiligen Kapitals. Auf der Suche nach neuen Bereichen, die in ihr Einflussgebiet eingegliedert werden können, schreckt man auch vor Krieg und Zerstörung nicht zurück. Auf einem Planeten, dessen Rohstoffe langsam zu Ende gehen, dessen planetare Grenzen reihenweise überschritten werden, dessen Durchschnittstemperatur sich rasant erhöht und dessen Biodiversität sich drastisch verringert – auf einem Planeten also, der durch kapitalistische Verwertungsprozesse die Klimakrise stetig weiter anheizt, welche immer schlechtere Lebensbedingungen zur Folge haben wird, bricht nun ein weiterer Kampf um einen stetig kleiner werdenden Ressourcenkuchen aus. Zum Krieg gegen den Planeten gesellt sich der Krieg unter Imperien.

Der aktuelle Angriff Russlands auf die Ukraine ist nur der neueste Höhepunkt dieser Tendenz. Der Westen hat nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion seine Chance vertan, eine stabile Friedensordnung mit Russland aufzubauen. Die anfangs noch geteilten Sicherheitskooperationen wichen mit der Zeit westlichem Übermut. Statt die NATO 1990 aufzulösen hat der Westen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion seine Chance vertan, eine stabile Friedensordnung unter der Logik der Abrüstung und Bekämpfung von Ungleichheiten, mit Russland aufzubauen. Die zwar anfangs noch geteilten Sicherheitskooperationen wichen mit der Zeit westlichem Übermut. Die NATO-Osterweiterung, die Aufkündigung des INF-Vertrags der Trump-Regierung und die versuchte Einbindung der Ukraine in die militärischen und wirtschaftlichen Strukturen der NATO/EU setzten den Kalten Krieg auf eine aggressive Weise fort. Darüber hinaus stellte die Unterschätzung Russlands als „Regionalmacht“ und die damit einhergehende Verkennung der imperialen Ambitionen der Föderation auf sicherheitspolitischer Ebene ein „Spiel mit dem Feuer dar. Die vor dem Krieg über das Militärbündnis zerstrittenen NATO-Staaten erlebten durch den russischen Krieg eine neue Legitimation. Das auf den Angriff folgende Einschwören in die „Liga der Demokratien“ verleiht der westlichen Konfrontationspolitik unter dem Deckmantel der „Menschenrechte“ altbekannte Züge.

Bei seinem Großmachtstreben ist Russland nicht nur getrieben vom eigenen Anspruch, sondern auch von seiner von fossiler Produktion abhängigen Wirtschaft bzw. der daran hängenden, besitzenden Klasse. So stellt Ingar Solty in der aktuellen Ausgabe der Luxemburg fest: „Dem russischen rentenökonomischen⁴ Kapitalismus ist es nicht gelungen, die in den 2000er Jahren steigenden Rohstoffpreise zu nutzen, um die eigene, auf Rohstoff- und Rüstungsexport basierende schwache Wirtschaft zu diversifizieren“.⁵

Mit dieser zugespitzten geopolitischen Lage wird die seit der „Wiedervereinigung“ vorangetriebene Arbeit an der imperialistischen Auferstehung Deutschlands intensiviert. Nicht nur materiell wird mit 100 Milliarden für die Bundeswehr aufgerüstet, sondern auch ideologisch. Der Wunsch nach einer „gestaltenden Rolle“ in der Außenpolitik macht eine Formierung im Inneren notwendig. Die ausgerufene Zeitenwende stellt im Kern eine

⁴ Das Konzept der „Rentenökonomie“ oder des „Rentierstaates“ beschreibt eine Wirtschaftsnation, die zu einem Großteil vom Export ihrer natürlicher Ressourcen abhängig ist und sagt vorher, “[...] dass es in Staaten mit hohem Rentenbezug zum einen zur Vertiefung wirtschaftlich ineffizienter und zum anderen zur Festigung autoritärer Strukturen kommt“, Beck, Martin: *Der Rentierstaats-Ansatz und das Problem abweichender Fälle*. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*. 14. Jg. 2007, Heft 1, S. 45f.

⁵ Solty, Ingar: *Auf dem Weg in eine neue Blockkonfrontation*. In: *LuXemburg*. Jg. 2022, Heft 3, S. 64-69.

Übernahme rechter und konservativer Politiken durch die liberalen Parteien der Ampelkoalition und ihrer gesellschaftlichen Basis dar, befeuert also den Rechtsruck.

Für die Einteilung der Welt in „autoritäre“ und „demokratische“ Staaten werden wild geschichtliche und politische Kategorien und Fakten durcheinandergeworfen und verdreht, so wird bspw. aus der Russischen Föderation, einer wenn auch illiberaleren, bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ein zaristisch-faschistisch-sozialistisches Reich des Bösen. Daraus folgen das Beklatschen und die Forderungen nach der Zerstörung von Denkmälern für die Soldaten aller Völker der Sowjetunion, die den antifaschistischen Kampf gegen das Dritte Reich mit ihrem Leben bezahlt haben und damit einhergehend eine Verschiebung in der Erinnerungspolitik in der BRD und (Ost-)Europas.

Auch wehrpolitisch soll es zu Kurskorrekturen kommen: War die Abschaffung der Wehrpflicht und die Umstrukturierung der Bundeswehr, von der Landesverteidigungs- zur Interventionsarmee, für die Jahre des „Krieges gegen den Terror“ aus Sicht der Herrschenden richtig, wird jetzt von taz bis zum Bundespräsidenten für die Wiedereinführung der Wehrpflicht getrommelt und dazu das verlogene Lied von der Ehre für Freiheit und Vaterland zu sterben angestimmt. Als sozialistischer Verband ist es unsere Pflicht mit Aufklärung dagegen zu halten. Wir stehen auch trotz „Zeitenwende“ zur im Schwur von Buchenwald festgehaltenen Zielsetzung: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

Der Krieg in der Ukraine zeigt auf erschreckende Weise auf, welche Aktualität das Zitat von Remarque auch heute noch hat: „Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hingehen müssen“.⁶ Auf dem Schlachtfeld stehen sich verschiedene nationale Arbeiter:innenklassen gegenüber, woraus die einzige echte friedenspolitische Forderung nur lauten kann: Als Sozialist:innen lehnen wir Waffenlieferungen entschieden ab. Auf Seiten Europas sind es insbesondere die Angehörigen der unteren Schichten und der Arbeiter:innenklasse, die die größten Bürden dieses imperialen Krieges zu tragen haben. So spitzt sich u.a. in Deutschland die ökonomische Lage immer weiter zu.

Doch die zunehmende soziale Not unter den Menschen ist nicht allein auf den Krieg in der Ukraine, die bundesdeutsche Sanktionspolitik oder die Corona-Pandemie zurückzuführen. Wir blicken auf Jahrzehnte der neoliberalen Sparpolitik zurück: der Reallohn stagniert auf dem Niveau der 1990er Jahre, Deutschland besitzt den größten Niedriglohnsektor Europas und das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie der öffentliche Personennahverkehr wurden gezielt kaputtgespart. Doch statt effizienter Hilfe predigt die Ampelregierung den Menschen, die von der Lage am härtesten getroffen sind, Verzicht. Gleichzeitig gibt es selbstverständlich die großen Krisengewinner:innen: Die Zahl der Superreichen steigt und Unternehmen machen Gewinne in Milliardenhöhe. Während also ein Drittel der Studierendenschaft unter der Armutsgrenze lebt und die Tafeln nicht mehr hinterherkommen, werden durch die wenigen Entlastungen auch die Pools der Villen subventioniert. Während 100 Milliarden Euro für Aufrüstung locker gemacht werden, sollen wir brav frieren und für die Kosten aufkommen. Nun sind wir als gesellschaftliche Linke

⁶ Gespräch mit Friedrich Luft (1962), abgerufen unter: <https://www.youtube.com/watch?v=aOzROBGLkpE>. Letzter Zugriff: 20.11.2022.

herausgefordert, um die Wut und den Veränderungswillen der Menschen zu ringen, vor allem in Ostdeutschland bedeutet dies jedoch, dass wir auch in einer handfesten Konfrontation mit den faschistischen Kräften stehen.

Wir können also zusammenfassen, die Klimakrise, neue imperiale Kriege und die soziale Krise in Deutschland und weltweit sind das Geflecht an Herausforderungen, denen wir nun unmittelbar gegenüberstehen. Als Sozialist:innen wissen wir, dass sich die 1001 Krisen unserer Zeit alle auf einen gemeinsamen Nenner zurückführen lassen: das kapitalistische System. Daraus folgt: Nur ein radikaler Bruch mit dem Bestehenden kann uns noch vor dem Sturz in den Abgrund bewahren. Um auf diesen Bruch hinarbeiten zu können, brauchen wir neben der Analyse der Zustände auch Strategien und konkrete Anknüpfungspunkte, um den Krisen unserer Zeit eine andere Zukunft entgegenzustellen.

II. Mehrheiten gewinnen und Macht aufbauen

You, the people, have the power to make this life free and beautiful, to make this life a wonderful adventure. Then – in the name of democracy – let us use that power – let us all unite. Let us fight for a new world – a decent world that will give men a chance to work – that will give youth a future and old age a security. By the promise of these things, brutes have risen to power. But they lie! They do not fulfil that promise. They never will!

Charlie Chaplins Schlussrede in *The Great Dictator* (1940)

Dass die Welt ist, wie sie ist, ist keine unglückliche Verkettung von Umständen oder zufällige Aneinanderreihung von Ereignissen. Die Geschichte ist vielmehr Resultat menschlicher Handlungen, denen bestimmte Zwänge, Entscheidungen, Bedürfnissen und Ideen zugrunde liegen. Umgekehrt bedeutet diese Erkenntnis jedoch auch, dass die Geschichte – menschengemacht wie sie ist – durch Menschen verändert werden kann. Und wenn es unser Anspruch als Sozialist:innen ist, jungen und alten Menschen ein gutes Leben und eine sichere Zukunft zu ermöglichen, dann kann die Geschichte, dann *muss* die Geschichte, durch Menschen, durch *uns* verändert werden.

Dies im Sinn ist allerdings klar, dass gesellschaftliche Veränderungen nicht durch individuelles Verhalten herbeigeführt werden können: Nicht die Bambuszahnbürste, der unverpackte Wocheneinkauf, das vegane Schnitzel oder der Boykott von Nestlé sind die Handlungen, die uns als Sozialist:innen auszeichnen. Vielmehr ist es das organisierte Handeln im Kollektiv. Nur Mehrheiten schaffen es, Druck aufzubauen, Gegenmacht zu erzeugen und sich den politisch Herrschenden und ökonomisch Besitzenden entgegenzustellen. Streiks in Betrieben sind kämpferischer und erfolgreicher, wenn sich die Mehrheit der Belegschaft hinter ihnen versammelt. Großflächige Arbeitsniederlegungen haben das Potenzial, der ökonomischen Macht der Konzerne die Macht einer organisierten Arbeiterschaft entgegenzustellen. Um diese Mehrheiten gedanklich greifbar zu machen, lohnt sich ein Blick in das abstrakte Konzept von Klassen und gegensätzlichen Klasseninteressen in kapitalistischen Gesellschaften. Als doppelt freie Lohnarbeiter:innen versteht Marx alle, die frei von Leibeigenschaft und Produktionsmitteln sind – also nur ihre Arbeitskraft als Ware zum Verkauf anbieten können.⁷ Damit stehen der Klasse der Arbeiter:innen ohne

⁷ Vgl. Marx; Engels 1962, S. 181ff.

Eigentum an Fabriken, Grundbesitz, Kapital und politischer Macht eine Klasse derer gegenüber, die davon profitiert, diese auszubeuten.

Aus dieser Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse im Kapitalismus mit ihren Klassen und Klassengegensätzen lässt sich eine Herangehensweise für progressive linke Politik ableiten. Wenn die überwältigende Mehrheit der Menschen im gegenwärtigen System ausgebeutet ist, dann gilt es, diese Menschen zu gewinnen. Es bedarf also breiter, anschlussfähiger und offener Bündnisse von links, um nachhaltig eine Bewegung aufzubauen, die es mit den Herrschenden aufnehmen kann. Streiks an Universitäten und Schulen allein erzeugen noch keinen ausreichenden Druck auf das die gesamte Gesellschaft umspannende System aus Profitinteressen und Kapitalverwertung. Jedoch sind wir als sozialistische Studierende durchaus in der Lage, Proteste zu initiieren und maßgeblich mitzuprägen. Unser Ansatz muss sein, uns mit progressiven Kräften zu vereinen, gemeinsam zu mobilisieren und zusammen eine Mehrheit aufzubauen, die die Macht hat, den Prozess der Akkumulation erheblich zu stören und außer Kraft zu setzen. Es gilt eine Bewegung mit Klassenbasis aufzubauen, die in der Lage ist, ein Bewusstsein für die materiellen, ideologischen und ökologischen Gegebenheiten der Welt herauszubilden.

Doch zur Analyse gehört auch die Tatsache, dass der Weg dahin noch lange, voller Fallstricke und erst in Ansätzen erkennbar ist. Dennoch lohnt es sich aus bisherigen Projekten, ihren Erfolgen und Misserfolgen zu lernen, ihre Fehler zu umgehen und sich ihre siegreichen Strategien anzueignen.

III. Ansätze einer klassenbewussten Bewegung

Der System Change Kongress in Leipzig Oktober 2022 hat gezeigt: Der SDS kann 1500 Menschen erreichen und weit über 1000 Menschen in Präsenz versammeln - mit einem Programm, welches für einen Ökosozialismus und Friedenspolitik in Zeiten globaler Hochrüstung eintritt, welches aus dem Kampf von Krankenhausbeschäftigten eine Strategie für erfolgreiche gewerkschaftliche Kämpfe ableiten will und welches breite Sozialproteste an die Uni bringt. Die Teilnehmenden bildeten ein diverses Spektrum von neu-politisierten Erstsemester-Studierenden, über erfahrene Demogänger:innen bis hin zu langjährig Organisierten ab. Doch unabhängig ihrer unterschiedlichen Politisierungs- und Organisationsformen, haben alle gemeinsam konkrete Projekte diskutiert und sich über Theorie, Strategie und Praxis beraten. Auf Basis der oben dargelegten Praxis sollen daher hier zwei der Projekte umrissen und ihr Potential diskutiert werden. Uns ist bewusst, dass sie weder die Gesamtheit des Verbandes widerspiegeln noch erschöpfend die Strategien des Umgangs mit der aktuellen Lage umreißen können. Dennoch sind sie als Ansätze für politische Praxis sehr fruchtbar. Denn wenn wir die Köpfe der Menschen gewinnen wollen, müssen wir gemeinsam in die konkrete Auseinandersetzung gehen, statt bloß in kämpferische Rhetorik zu verfallen.

Genug ist Genug – an der Uni und darüber hinaus

In Reaktion auf die enormen Preissteigerungen und in Anlehnung an die kämpferische britische Gewerkschaftskampagne ‚Enough is Enough‘ gründete sich in Deutschland die – zunächst als Internetauftritt konzipierte, bald jedoch auch in die Realität umgesetzte – Kampagne „Genug ist Genug“. Mit sechs allgemeinen bis konkreten Forderungen und einem Corporate Design mit Wiedererkennungswert übersetzte sich die Kampagne von

Instagram schnell in verschiedene Städte und (vor allem auch durch aktive Mitgestaltung von SDS-Gruppen!) in die Hochschulen. Auch wenn die Uni-Aktionsgruppen bisher nur langsam anlaufen, zeigt sich doch überall ein ähnliches Bild: Linke bis linksliberale Akteur:innen zeigen Interesse an progressiven Sozialprotesten und sind dafür sogar bereit, eigene Standpunkte, die im Konflikt mit unseren Verbandspositionen stehen, hintenan zu stellen und sich auf gemeinsame politische Praxis zu fokussieren. Somit bietet die Kampagne im Kontext der sozialen Krise und in Anbetracht der kommenden Tarifrunden einen Schnittpunkt, an dem Sozialproteste und betriebliche Kämpfe zusammenfinden können.

Normalerweise ist der Aufbau von Solidarität mit Streikenden in der Bevölkerung keine leichte Aufgabe, jedoch führen der ausbleibende Inflationsausgleich in fast allen Branchen und die unzureichende Hilfe seitens der Bundesregierung vielen Menschen den Zusammenhang von Arbeitskämpfen und Forderungen nach sozialer Entlastung vor Augen. Ein entscheidender Baustein der „Genug ist Genug“-Kampagne ist dabei das Rallye-Konzept: In einer Saalkundgebung sollen diejenigen zusammenkommen, die am stärksten von der Krise betroffen sind. Beschäftigte erhalten den Raum, um zu sprechen, ihrer Wut und Angst Ausdruck zu verleihen; jedoch werden ihnen zugleich konkrete Angebote gemacht, um politisch aktiv zu werden. Wir denken, dass dieses Konzept in abgewandelter Form auch auf universitäre Vollversammlungen übertragbar ist, indem wir Saalkundgebungen in den Audimax organisieren, bei denen nicht nur unsere Kommiliton:innen über Forderungen diskutieren, sondern bei denen Beschäftigte aus unterschiedlichen Bereichen auf Studierende treffen, sich über Kämpfe austauschen und gemeinsam organisieren - sprich: eine Allianz von Campus und Betrieb. Dass eine solche Zusammenführung von Streikenden und Studierenden möglich ist, hat sich in Ansätzen im Oktober 2022 in Sachsen gezeigt, als die „Genug ist Genug“-Gruppe der Uni Leipzig die streikenden Kolleg:innen von Teigwaren Riesa besuchte, ihnen ihre Solidarität zusicherte und zu einer „Genug ist Genug“-Demonstration nach Leipzig einlud. Dieser Einladung kamen über 40 der insgesamt 145 Mitarbeiter:innen nach.

Mit Klimaaktivist:innen und Beschäftigten für die Verkehrswende

Neben den Allianzen in Reaktion auf die Inflation, brauchen wir auch im Angesicht der Klimakrise Ansatzpunkte, um gemeinsame Interessen zu bündeln. Hier müssen Allianzen zwischen Arbeits- und Klimakämpfen unsere Antwort sein. Ein entscheidender Punkt sind dabei die Tarifaueinandersetzungen im Nahverkehr TVN (Tarifverträge Nahverkehr) 2023/24. Schon 2020 waren wir als SDS maßgeblich daran beteiligt, Allianzen zwischen Klimabewegung und Beschäftigten der Bus- und Bahnbetriebe zu schmieden und so gemeinsam an Schlagkraft zu gewinnen. Nachdem es bereits vor dem Kongress ein erstes Vernetzungstreffen von Ver.di mit ca. 50 Menschen in Berlin gab, hat die Kongresswerkstatt dazu beigetragen, noch mehr Menschen bundesweit hinter der Kampagne zu sammeln.

Wir erkennen folgendes Potential in den Auseinandersetzungen im Nahverkehr: Ähnlich wie auch bei der Kampagne von „Genug ist Genug“ besteht die Möglichkeit, Arbeitskämpfe mit einem politischen Protest von der Straße zusammenzuführen und so breite Solidarität in der Bevölkerung für die Streikenden und ihre Forderungen aufzubauen. Darüber hinaus können wir auch den Charakter der Klimabewegung selbst verändern, indem

wir konkrete Bezüge zwischen der Sozialen- und der Klimafrage herstellen und so weiterhin am Aufbau eines (öko-)sozialistischen Pols in- und außerhalb der Klimabewegung arbeiten. Im nächsten Jahr wird in 6 Bundesländern im Nahverkehr gestreikt und 2023/24 werden in allen Bundesländern die TVN verhandelt. Für den Konflikt im Nahverkehr mit schlechten Arbeitsbedingungen, niedrigen Löhnen, teuren Ticketpreisen und fehlendem Ausbau bedeutet dies, dass in den nächsten anderthalb Jahren wieder lokale Bündnisse erneuert, aufgebaut und gefestigt werden müssen. In einigen Regionen und Städten läuft eben dies seit dem Kongress wieder an. Wir schlagen vor, als SDS in bereits existierende Prozesse einzusteigen und uns in die bundesweite Vernetzung einzubringen. Hierbei muss auch überlegt werden, welche Rolle die bestehenden (Uni-)Gruppen von „Genug ist Genug“ in der Tarifauseinandersetzung spielen können. Im besten Fall schaffen wir es sogar, noch einen Schritt weiterzugehen als 2020 und gemeinsame Forderungen im Rahmen eines „Bargaining for the common good“⁸ mit auf das Tableau der Streikenden zu bringen, denn die Verbindung hat das Potenzial, zentrale gesellschaftliche Anliegen, wie den Ausbau des ÖPNV und günstige Fahrpreise, zu realisieren.

Aus der Wut Veränderung machen

Die aktuelle Lage verleitet dazu, vor der Größe der Herausforderungen zu resignieren. Wir glauben aber, dass gerade in dieser Zeit, in der wir die höchste Inflation seit Jahrzehnten erleben und die sozialen Verwerfungen weiter zunehmen, für uns als Sozialist:innen Möglichkeiten liegen, in die Dynamiken der Gesellschaft – zwischen Tarifrunden und Sozialprotesten – zu intervenieren. Diese Chancen und die Wut über die bestehende Ordnung sollten wir nutzen, um anknüpfend an unsere Praxis der letzten Jahre weitere Projekte zu entwickeln, die uns dem Bruch mit dem Kapitalismus ein Stückchen näherbringen.

⁸ Vgl. Fanny Zeise: *Fürs Gemeinwohl Streiken. Wie Gewerkschaften mehr bewegen könnten*. In: *LuXemburg*. Jg. 2022, Heft 3, S. 90-93.

A2. Bereitstellung eines SDS-Sharepic-Generators

Wir alle wissen, dass in unserer politischen Arbeit die Außenwirkung unserer Basisgruppe von großer Bedeutung ist. Neben der Präsenz auf dem Campus und der Straße, kann auch eine starke Social-Media-Präsenz dazu beitragen interessierte Studierende zu erreichen und neue Mitglieder zu gewinnen. Auch um auf unsere Veranstaltungen aufmerksam zu machen oder zu Protesten zu mobilisieren kommt Instagram und Co. eine wichtige Rolle zu. Nicht zuletzt kommen wir auf Social Media in Kontakt mit anderen politischen Gruppierungen und machen potenzielle Bündnispartner*innen in unserer Stadt auf uns aufmerksam.

Durch ein ansprechendes Profil zu scrollen kann Menschen einen ersten Eindruck über unsere Themen, Aktionen und Positionen verschaffen und sie dazu anregen im realen Leben in der Basisgruppe vorbeizuschauen. Auch bereits aktive oder ehemalige Mitglieder werden durch Postings auf dem Laufenden gehalten und verlieren so nicht den Anschluss in Phasen, in denen sie es nicht schaffen regelmäßig zu Plena zu erscheinen. Uns ist bewusst, dass Internet-Aktivismus niemals den Protest auf der Straße und unsere Arbeit an den Universitäten und Hochschulen ersetzen kann. Wir müssen darauf Acht geben, nicht zu viel Zeit und Mühe in unsere Social-Media-Profile zu stecken, die uns am Ende des Tages dann für politische Tätigkeiten fehlt. Nicht selten fehlt es in den Gruppen vor Ort an Studierenden, die sich mit Design und Social-Media-Marketing auskennen und die Lust haben in diesen Bereich viel Zeit zu investieren. Gerade deshalb plädieren wir dafür, dass den Basisgruppen die Arbeit auf Social Media erleichtert wird.

In über 60 Basisgruppen arbeiten wir an den Universitäten und Hochschulen Deutschland zu verschiedensten Themen, auf ganz unterschiedliche Weise und mit jeweils eigenen Strukturen. Unsere Stärke liegt in dieser inhaltlichen und organisationalen Vielfalt. Ein einheitlicher Auftritt nach außen fehlt uns dabei bislang. Jede Gruppe erstellt ihre eigenen Posts, nutzt eigene Designs, Sets an Farben, Schriftarten und Formatierungen. Das Corporate Design des SDS ist zwar öffentlich zugänglich, jedoch oft umständlich umzusetzen, insbesondere wenn keine entsprechende Software zur Verfügung steht oder es an Designfertigkeiten mangelt. Dies resultiert darin, dass wir oftmals „unser eigenes Ding“ machen, anstatt uns an das Handbuch zu halten.

Deshalb stellen wir heute den Antrag auf Bereitstellung eines SDS-Sharepic-Generators. Damit ist ein Tool gemeint, das uns Vorlagen bietet, in die wir ganz einfach unsere Texte und Bilder einfügen können. So könnten beispielsweise Vorlagen für Informationsposts, Veranstaltungsposts oder Storys, ein Generator für unsere Städtelogos und vieles mehr bereitgestellt werden. Die Linksjugend verfügt schon seit längerem über solch einen Generator und infolgedessen auch über einen einheitlichen und professionellen Instagram-Auftritt.

Auf keinen Fall möchten wir die Vielfalt in unserem Verband verlieren. Selbstverständlich soll die Umsetzung des Corporate Designs weiterhin freiwillig erfolgen. Jedoch soll es jenen Gruppen, die sich Unterstützung dabei wünschen einen einheitlichen Social-Media-Auftritt zu erarbeiten, ermöglicht werden ohne viel Aufwand Postings zu erstellen. Die Zeit, die wir uns durch solch ein Tool einsparen, können wir in andere Bereiche investieren und eine geeinte Außenwirkung kann unseren Verband nur stärken.

A3. Lasst uns »Genug ist Genug! an die Hochschulen holen!

Warum brauchen wir »Genug ist Genug!«?

Während die Temperaturen sinken, steigen die Preise immer weiter. Aktuelle Zahlen sprechen von einer Inflationsrate über 10% im Vergleich zum Vorjahr. Vor allem wiegen die Preisexplosionen bei Energie um 43,9% und Lebensmitteln bei 18,7% schwer, zusätzlich ist mit weiteren Preisanstiegen zu rechnen. Während die Sorgen und Befürchtungen wachsen, die nächsten Nebenkostenabrechnungen schlichtweg nicht mehr zahlen zu können, verstärkt die Inflation die schon gravierende sozioökonomische Ungleichheit und Armut. Denn steigende Lebenshaltungskosten treffen vor allem einkommensarme und armutsbetroffene Menschen. Die bevorstehende Energiearmut vieler wird jedoch von den bisherigen Entlastungspaketen der Ampelregierung nicht verhindert. Zwar existieren mittlerweile Einmalzahlungen, ein Dezemberabschlag, eine absehbare Gaspreisbremse ab Februar/März, sowie eine Energiepreisbremse ab Januar, allerdings stellt die Lücke zwischen Dezember und dem Einsetzen der Energiepreisbremse für viele eine existenzielle Notlage dar. Und obwohl mit einer weiteren Zuspitzung der sozioökonomischen Ungerechtigkeit zu rechnen ist, ist die bisherige Protestbereitschaft der breiten Gesellschaft eher lauwarm als heiß. Jedoch besteht das Potenzial, dass immer mehr Menschen ihre Sorgen, Ängste und ihren Ärger auf die Straße bringen. Es ist die Aufgabe der gesellschaftlichen Linken diesen Raum für sozialen Protest zu schaffen. In zahlreichen Städten haben sich bereits Bündnisse gegründet, um linken Sozialprotest auf die Straße zu bringen. Aber auch dort zeigt sich: Das Mobilisierungspotential hält sich bisher stark in Grenzen und die Proteste sprechen vor allem schon organisierte Linke an.

Anders sieht es bei der Rechten aus, die Leerstellen nutzt, die die gesellschaftliche Linke bei der offensichtlichen Verbindung von Krieg und Sanktionen mit der spürbaren finanziellen Belastung der Bevölkerung offenlässt. Allerdings geht es den Rechten nicht um eine ehrliche Verbesserung der sozialen Verhältnisse. Vielmehr wird von der Schuld des westlichen Kapitals an der Krise (z.B. durch Preisspekulationen) abgelenkt und Teile der internationalen Arbeiterklasse werden gegen andere ausgespielt.

Auch wenn die Situation für die gesellschaftliche Linke derzeit nicht gut aussieht - es ist absehbar, dass die kommenden Tarifrunden eine weitere, eigene Arena des Konflikts eröffnen werden und darin neue Leitplanken für die gesellschaftliche Auseinandersetzung setzen.

Nach wochenlangen Verhandlungen und insgesamt 900.000 Beschäftigten im Warnstreik hat die IG Metall einen Abschluss erzielt, der ihren Forderungen zwar im weitesten Sinne nachkommt, letztendlich aber einem Reallohnverlust für die Beschäftigten entspricht. Diese Verhandlungen haben nicht nur gezeigt, dass die Arbeitgeber die Inflation auf die Beschäftigten abladen wollen, sondern auch, dass die DGB-Gewerkschaften aufgrund der sozialpartnerschaftlichen Orientierung ein durchaus problematischer Bündnispartner sind. Gerade die Funktionärssebene hat nicht wirklich ein ehrliches Interesse an echten

Arbeitskämpfen. Dennoch ist es sinnvoll, auf Gewerkschaften als Bündnispartner zu setzen, denn die 2,7 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst müssen sich auf harte Auseinandersetzungen ab Januar vorbereiten. Mit einer Forderung von 10,5% hat ver.di sich das Ziel gesetzt, die Inflation durch vollumfängliche tabellenwirksame Erhöhungen auszugleichen. Um sie darin zu unterstützen, müssen wir den Streikenden mit der Herstellung einer Protestdynamik auch außerhalb des Betriebs den Rücken stärken, damit sich auch innerhalb der Gewerkschaft kämpferische Akteure gegen die sozialpartnerschaftliche Hegemonie durchsetzen.

Die neue Kampagne »Genug ist Genug!« könnte dafür eine Schnittstelle sein, indem sie kämpferische Kolleg*innen in die erste Reihe stellt und gleichzeitig Unterstützung aus der Bevölkerung organisiert. Im Sinne der Einheitsfronttaktik will »Genug ist Genug!« (G!G) alle Akteur*innen zusammenbringen, die gegen die explodierenden Preise, die ungerechte Politik und die Umverteilung von unten nach oben kämpfen, also z.B. Arbeiter*innen (gewerkschaftlich Organisierte, wie auch nicht Organisierte), Rentner*innen, Erwerbslose, Studierende. Gemeinsam soll ein möglichst breiter Protest organisiert werden, um sich selbst zu ermächtigen und unserer Wut Gehör zu verschaffen.

Wie holen wir »Genug ist Genug!« an die Hochschulen?

Auch Studierende gehören zu den einkommensschwachen und armutsbetroffenen Menschen, die besonders hart von der Inflation betroffen sind. Bereits vor der Corona-Pandemie lebten rund 30% der Studierenden unterhalb der Armutsgrenze, 2021 waren sogar 38% der Studierenden armutsgefährdet - unter Studierenden, die allein oder ausschließlich mit anderen Studierenden zusammenleben, waren es sogar 76%. Gleichzeitig sank die Zahl der Bafög-Beziehenden bis 2020 auf einen Tiefstand von 11%. Faktisch bedeutet das auch, dass immer mehr Menschen vom Studium ausgeschlossen werden. Und mit der Erfahrung von zwei Jahren Pandemie, die Studierende im Online-Studium absolviert haben, drohen einige Unis mit erneuten Schließungen. Dabei sind warme Bibliotheken, sowie ein bezahlbares Mensa-Essen gerade jetzt noch viel wichtiger, als sie es sonst schon sind. Daher ist anzunehmen und bestätigt sich in 1 zu 1 Gesprächen, dass viele Studierende momentan wütend sind, sich im Stich gelassen fühlen oder Angst haben. Die Frage ist: An welchem Ort können diese Gefühle politisch artikuliert werden? Es braucht einen Raum, in dem man auf knapper gemeinsamer Grundlage schnell aktiv werden kann. In den G!G-Hochschulgruppen wollen wir einen solchen Raum schaffen, um breiten Protest auch an den Hochschulen zu organisieren. Im Aufbau der G!G-Kampagne an den Hochschulen sehen wir folgende Chancen:

a) Als Studierende kollektiv für Verbesserungen an den Unis kämpfen

Steigende Mensa- und Wohnheimpreise, drohende Unischließungen, verkürzte Bib-Zeiten, kalte Räume – Inflation und Energiekrise wirken sich direkt auf unseren studentischen Alltag aus. Keine Frage, die Hochschulen waren schon vorher prekär aufgestellt – Kürzungen, schlechte Arbeitsbedingungen für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte und trotzdem hielt sich das Ausmaß der Sozialproteste an den Unis in den letzten 10 Jahren stark in Grenzen. Mit G!G können wir auf die aktuelle Notlage aufmerksam machen und für kurzfristige Verbesserungen kämpfen, aber wir können auch die grundlegenden, strukturellen Defizite an den Hochschulen viel besser in den Fokus rücken. Wichtig ist

hierbei, nicht nur abstrakte Forderungen zu stellen, sondern konkret und lokal zu schauen, auf welche Konflikte wir zuspitzen können und wo wir etwas gewinnen können. Um als Studierende wirklich ein Gefühl kollektiver Selbstermächtigung zu erleben, sollten wir (zumindest Teil-)Erfolge erzielen.

b) Die Hochschulen strukturbasiert erschließen

Als SDS sind wir an den Hochschulen lokal sehr unterschiedlich aufgestellt – trotzdem erreichen wir mit unserer Politik oft nur eine gewisse Bubble an linken Studierenden. Um Veränderung durchzusetzen, brauchen wir aber Mehrheiten – nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch an der Hochschule. Mit G!G haben wir die Möglichkeit, strukturiert über unsere übliche Bubble hinaus auszustrahlen – zum einen, weil wir eine allgemeinere Betroffenheit ansprechen. Aber auch, weil wir uns Methoden aus dem betrieblichen Organizing bedienen können.

Doch wie schaffen wir es möglichst breit Studierende zusammenzubringen und gemeinsam gewinnbare Forderungen aufzustellen? Als eine Möglichkeit dafür sehen wir von unten aufgebaute Vollversammlungen, in denen die Studierendenschaft gemeinsam Forderungen beschließt, die sich an die Unileitung, aber auch darüber hinaus richten. Die Idee der Vollversammlungen funktioniert allerdings nur, wenn viele Studierende anwesend sind und sich auf gemeinsame Aktionsformen einigen, um den Forderungen auch Druckmittel folgen zu lassen.

Die VV sollten nicht einfach vom StuPa/StuRa/AStA einberufen werden, da diese wenig Strahl- und Mobilisierungskraft in der Studierendenschaft haben. Stattdessen sollten die VV von unten durch Mehrheitspetitionen einberufen werden. Dafür wollen wir Campusgespräche führen, in denen wir konkrete Anliegen der Studierende erfragen und in die Forderungsfindung für die VV einfließen lassen. Außerdem wollen wir eine Aktivenstruktur aufbauen, damit möglichst viele Studierenden den Kampf um die Umsetzung der gemeinsamen Ziele auch als ihren verstehen. Neben den Campusgesprächen sehen wir auch Vorlesungsinterventionen als geeignetes Mittel um Studierende zu erreichen. Hier haben wir die Möglichkeit strukturiert Studiengänge zu erschließen, in denen wir wenig vertreten sind. Außerdem wollen wir verschiedene Interessenvertretungen an den Hochschulen mit einbeziehen (StuPa/StuRa/AStA, Landesvertretungen, TVStud, DGB-HSG/GEW-Studis etc.).

c) Schulterschluss zu Arbeitskämpfen und Protesten auf der Straße suchen

Protest an den Hochschulen ist notwendig. Als Studierende verfügen wir allerdings nur über begrenzte Machthebel: Zwar können Unistriks oder Hörsaalbesetzungen wichtige Selbstermächtigungserfahrungen für Studierende sein, letztendlich verursachen sie aber kaum realen Schaden und interessieren die Herrschenden entsprechend wenig. Hinzu kommt, dass wir nicht nur Studierende sind, sondern auch Mieter*innen, die Lebensmittel einkaufen, Heizkosten zahlen und später (oder bereits jetzt) Lohn beziehen. Unsere direkten Anliegen gehen über den engeren Bereich der Hochschule hinaus. Deswegen ist es auch in unserem Interesse, Kämpfe zu verbinden. über reale ökonomische Macht verfügen in erster Linie die Beschäftigten: Deswegen verfolgt G!G das Ziel, möglichst breite Steiksolidarität für die Tarifrunde im öffentlichen Dienst ab Januar aufzubauen. Denn auf

die Kolleg*innen kommen harte Auseinandersetzungen zu, und die Erfolgsaussichten der Arbeitskämpfe können durch Druck auf der Straße erheblich gestärkt werden.

Wir wollen diesen und künftigen Arbeitskämpfen zudem eine politische Dimension an die Hand geben, die über rein ökonomische Anliegen hinausgeht - das wird sich in dieser ÖD-Runde noch nicht direkt in den Forderungen wiederfinden. Aber wir müssen jetzt anfangen Brücken zu bauen, um neue Allianzen zu schaffen, damit zukünftige Arbeitskämpfe neben den betrieblichen Anliegen auch politische und gesamtgesellschaftliche Interessen berücksichtigen werden.

In den nächsten Monaten wollen wir deshalb möglichst viele Studierende davon überzeugen, mit uns gemeinsam Streiksolidarität für die Kolleg*innen auszuüben. Wenn es uns gelingt, ausreichend Dynamik am Campus aufzubauen, können wir zudem eigene Unistreiks in Solidarität mit den Kolleg*innen ausrufen. Wir können Beschäftigte aus den betroffenen Branchen zu unseren Vollversammlungen einladen oder kleine Rallyes an den Hochschulen organisieren, um auch an der Uni Sichtbarkeit für die Kolleg*innen und ihre Kämpfe zu schaffen. Damit schärfen wir auch das Bewusstsein über die Notwendigkeit von Arbeitskämpfen unter Studierenden - was auch dazu beitragen kann, den undynamischen Gewerkschaftsapparaten eine neue, kämpferische Basis entgegenzusetzen. Hinzu kommt, dass perspektivisch neue Dynamik rund um TVStud entstehen wird. Im kommenden Herbst findet erneut die Tarifrunde der Länder statt, in der nun auch die Tarifverträge von studentischen Beschäftigten verhandelt werden. In diesem Zuge könnte eine neue Streikbewegung an den Hochschulen entstehen, die wir mit aufbauen können.

Die Rolle des SDS in G!G-Hochschulgruppen

Wir glauben, dass wir mit G!G eine breitere Menge an Studierenden ansprechen und mehr Reichweite gewinnen können, als es uns nur als SDS möglich ist. Nichtsdestotrotz ist klar, dass G!G aktuell in erster Linie für Reformen kämpft. Während wir jeden Kampf um reale Verbesserungen unterstützen, verfolgen wir auch den Anspruch, das System grundlegend zu verändern. In G!G sehen wir aber die Chance, mit sehr konkreten Forderungen, die im Alltag der Menschen ansetzen, eine breite Bewegung aufzubauen und zunächst viele Studierende in Aktion zu versetzen. Innerhalb dieser Erfahrungen kann es unsere Rolle sein, die Grenzen von Reformen im bestehenden System aufzuzeigen, gemeinsam sozialistische Alternativen zu entwickeln und so zur Radikalisierung der Bewegung im Kampf beizutragen.

Trotzdem wollen wir auch als SDS offen in den G!G-Gruppen agieren. So können wir zu eigenen Veranstaltungen einladen und eigene Positionen an die Aktiven herantragen, die wir nicht als Konsens innerhalb der G!G-Gruppen voraussetzen können, da sie die Breite der Protestbewegung von vornherein schmälern würden. Außerdem wollen wir uns als konstruktive Kraft in die Kampagne einbringen, um den Studierenden eine Organisierungsperspektive anzubieten, die über die Aktivität im Rahmen von G!G hinausgeht. Hier besteht für uns die Chance, als Verband und politischer Akteur zu wachsen und neue Aktivist*innen für sozialistische Politik zu gewinnen.

A5. Unterstützung der Konferenz „Gewerkschaftliche Erneuerung“ der Rosa Luxemburg Stiftung

Die Linke.SDS übernimmt die Fahrtkosten für eine Gruppe von Genoss:innen, die zur 5. Konferenz „Gewerkschaftliche Erneuerung“ vom 12.-14. Mai 2023 nach Bochum fahren. Die genaue Höhe wird mit dem Bundesvorstand abgesprochen.

A6. SDS-Verbandswochenende: Gruppenpraxis und Verbandsprojekte stärken

Die Linke.SDS veranstaltet im **Frühjahr 2023** ein Verbandswochenende.

Auf dem Verbandswochenende wollen wir Zeit und Raum schaffen um ausführlich und gut strukturiert über Gruppenpraxis und aktuelle Verbandsprojekte zu sprechen. Wir wollen verschiedene Erfahrungen stärker sichtbar machen, in guten Austausch bringen und voneinander lernen.

Die Bedingungen, unter denen wir sozialistische Politik machen, sind einerseits sehr ähnlich und andererseits unterscheiden sie sich doch lokal teils gravierend: von der linken Studi-Stadt bis hin zu konservativen und stark repressiven Orten, sind wir in SDS-Gruppen mit jahrelanger Tradition und personeller Kontinuität bis hin zu ganz neu gegründeten Strukturen aktiv. Auch Gruppengröße (von niedrig einstellig bis mittel zweistellig) und verschiedenartige Gruppenpraxis und Schwerpunkte führen zu unterschiedlichen politischen Erfahrungen. Hinsichtlich gemeinsamer Projekte auf Bundesebene bzw. überregional koordinierter lokaler Projekte sind wir ebenfalls verschieden vernetzt und involviert.

Ähnliche Fragen, viele Antworten, viel zu lernen

Wie antworten wir in den Basisgruppen auf Struktur- und Organisationsfragen? Welche Strategien haben wir, um mehr zu werden und wie binden wir neue Leute ein? Welche inhaltlichen Schwerpunkte haben wir wo? Von welchen gelungenen Aktionen können wir berichten und warum sind sie uns gelungen? Was haben wir aus Niederlagen gelernt? Bzw. wie kommen wir überhaupt vor Ort schlagkräftig in die politische Auseinandersetzung?

Wie können aktuelle und zukünftige Verbandsprojekte noch besser an Gruppenbedürfnisse und -praxis rückgekoppelt werden? Und wie kann z.B. ein bundesweiter Aktionstag eine Chance für viele Gruppen sein, niedrigschwellig eine gelungene Aktion auf dem Campus zu starten?

Über diese und viele weitere Fragen wollen wir in Austausch kommen, um hinterher gestärkt und mit neuen Ideen in Gruppenpraxis sowie Verbandsprojekte zu gehen!

Schwerpunkte des Verbandswochenendes sind im Vorbereitungsteam noch zu präzisieren, können aber u.a. Folgende sein:

Gruppenstruktur

Über konkrete Aktionen und Projekte werden neue Leute auf uns aufmerksam. Wir müssen Strukturen schaffen, sodass sie sich gerne und langfristig bei uns organisieren können.

- Welche verschiedenen Arten von Strukturierung nach innen gibt es im Verband (und darüber hinaus)? Für welche Bedingungen eignet sich was? Womit haben wir gute und weniger gute Erfahrungen gemacht?

Mehr werden

- Müssen Interessierte nach uns suchen bzw. stoßen zufällig auf uns? Wie sorgen wir für Sichtbarkeit?
- Welche Strategien haben wir, um vor Ort zu wachsen? Was funktioniert gut?
- Wie kann aus einer 3-10er Gruppe eine 10-20er, 20-30er (oder größere) Gruppe werden?

Gruppenpraxis / Gutes Projekt

- Haben wir bereits Projekte, in denen der*die einzelne Genoss*in im Kollektiv gebraucht wird? Ein wichtiges, erreichbares Ziel und einen klaren Plan, wie wir dieses gewinnen? Sind wir selbst von den Projekten so sehr überzeugt, dass wir zum Telefon oder Klemmbrett greifen und die Leute (aus unserem Umfeld und darüber hinaus) überzeugen können, dass sie ganz konkret gebraucht werden, in ihrem eigenen Interesse? Bzw. was brauchen wir dafür noch?
- Hier können wir uns in Kleingruppen mit konkreten lokalen und bundesweiten Projekten auseinandersetzen
- Wo stehen wir bei den aktuellen Verbandsprojekten? Wie kann man noch einsteigen? Was ist lokal möglich und sinnvoll? Was sind die nächsten Schritte und wie gehen wir sie gemeinsam?

Außerdem wird es viel Raum, Zeit und Gelegenheit geben, um Genoss*innen aus den verschiedenen Ortsgruppen kennenzulernen und sich zu vernetzen.

Vorbereitungsteam

Schon im Vorbereitungsteam sollen **Bedarfe und Perspektiven aus möglichst vielen Ortsgruppen einfließen**. So können wir sicherstellen, dass wir es schaffen, ein gemeinsames Verbandswochenende zu planen, bei dem so viele Ortsgruppen wie möglich sich wieder finden. Das Planungsteam soll sich deshalb aus Genoss*innen aus verschiedenen Ortsgruppen, Strömungen und Schwerpunkten zusammensetzen. Das erste Auftakttreffen soll bereits vor Weihnachten stattfinden.

Bundesvorstand und Geschäftsführung werden in Absprache mit den Antragssteller*innen mit Terminfindung, Einladung und Vorbereitung der ersten Videokonferenz betraut und stellen gemeinsam die Arbeitsfähigkeit des Teams sicher.

Für das Verbandswochenende wollen wir **breit im Verband mobilisieren**, um Genoss*innen aus möglichst vielen verschiedenen Ortsgruppen zu ermöglichen, über ihre Perspektiven, Erfahrungen und Praxisvorschläge in Austausch zu kommen. Es findet an einem **zentralen Ort** in Deutschland statt, um zu gewährleisten, dass Genoss*innen aus möglichst vielen Ortsgruppen eine gut machbare Anreise haben.

Der **Verband übernimmt Übernachtungs-, Verpflegungs- und Reisekosten sowie ggf. die Kosten für den Druck einer kleinen Broschüre/Ergebnissicherung** des Wochenendes für die interne Nutzung.

Lasst uns unsere vielfältigen Erfahrungen zusammen systematisieren und mit vielen neuen, ganz konkreten Impulsen zurück in die Ortsgruppen und in Bundesprojekte gehen!

A7. Sommerakademie für immer!

Jedes Jahr veranstaltet Die Linke.SDS eine Sommerakademie. Sie dient dazu uns mit sozialistischen und marxistischen Theorien weiterzubilden, verbandsintern unsere Positionen zu schärfen sowie Erfahrungen und Best Practice Beispiele aus zahlreichen Regionen auszutauschen.

Bisher wurde zu jedem Winter-Bundeskongress ein neuer Antrag zur Sommerakademie gestellt. Das Ziel war die inhaltliche Ausgestaltung auf dem Bundeskongress zu diskutieren und die Veranstaltung an sich zu bewerben.

In den letzten Jahren wurde die Sommerakademie jedoch zu einem festen Bestandteil des politischen Bildungsprogramms des SDS, sodass die Anträge kaum bis gar nicht mehr auf den Bundeskongressen diskutiert wurden. Aus diesem Grund beschließen wir:

- Die Sommerakademie ist, sofern die finanzielle Lage des Verbandes dies weiterhin zulässt, eine jährliche SDS-Bildungsveranstaltung. Diese wird verbandsweit beworben und dazu eingeladen.
- Sie wird vom Bundesvorstand und interessierten Genoss*innen aus dem Verband organisiert und umgesetzt.
- Die inhaltliche Ausgestaltung der Sommerakademie wird vom Organisationsteam mit dem Bundesvorstand rückgekoppelt.

A8. Antrag: AntiRa Bildungs- und Vernetzungswochenende im SDS

Um die Perspektive der Menschen mit Rassismuserfahrungen im Verband zu stärken und einen Raum für Austausch über antirassistische Theorie und Praxis zu ermöglichen und auszuloten, wie antirassistische Kämpfe konkret Teil der politischen Praxis eines sozialistischen Studierendenverbands sein sollten, organisiert der Bundesvorstand und interessierte Genoss*innen ein Vernetzungswochenende. Die konkrete inhaltliche Ausgestaltung arbeitet das Organisationsteam aus.

Grundsätzlich sollte sich diese an einigen Leitlinien orientieren:

1. Ein sozialistischer Studierendenverband kann sich theoretisch wie praktisch nicht mit dem herrschenden liberalen Antirassismus zufriedenstellen, der Rassismus als überhistorisches "falsches Denken" begreift und daraus den Schluss zieht, Rassismus könne allein im Bewusstsein dekonstruiert werden - mithilfe von Anti-Diskriminierungs-Workshops etc.
2. Was es stattdessen braucht, ist ein historisch-materialistischer Rassismusbegriff [1], der Rassismus historisch konkret und in Verflechtung mit (globalen) gesellschaftlichen Verhältnissen begreift. Erscheinungsweisen des strukturellen Rassismus entstehen aus dieser Perspektive weniger in den Köpfen der Menschen als in den europäischen Migrationsregimen (Disziplinierung durch Aufenthaltstitel), auf dem Arbeitsmarkt (Überausbeutung von Arbeitsmigrant*innen) und in der Art und Weise des Polizierens (racial profiling). Dabei muss antirassistische Theorie auch an die Vorarbeit antikolonialer und antiimperialistischer Denker*innen anknüpfen.
3. Daraus ergeben sich für uns als Studierendenverband unmittelbar zwei Stoßrichtungen antirassistischer Praxis, welche wir an diesem Wochenende besprechen und bearbeiten wollen: Zunächst die Vernetzung und Verbindung mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Bewegungen mit Rassismuserfahrung. Hier liegt der Fokus auf dem Austausch von Erfahrungen mit Kämpfen gegen Rassismus und Diskriminierung, als auch gelebte Solidarität und Formen der gegenseitigen Unterstützung. Darüber hinaus ergibt sich die notwendige die Einflussnahme auf den wissenschaftlichen – und vermittelt darüber auch auf den breiten gesellschaftlichen - Diskurs. Dies bedeutet, Hochschulen als Orte der Wissensproduktion zu begreifen und in ihnen für eine Diskursverschiebung (für mehr kritische Wissenschaft in all ihren Formen) zu kämpfen sowie der praktische Kampf für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für Studierende. Rassifizierte, migrantische und internationale Studierende nehmen oft die prekärsten Positionen innerhalb der Studierendenschaft (und der Gesellschaft allgemein) ein und profitieren daher überproportional von niedrigeren Semesterbeiträgen, mehr studentischem Wohnraum, etc. Darüber hinaus ließen sich weitere Forderungen identifizieren, die diese Gruppen spezifisch betreffen.

Verweise:

1) vgl. Bafta Sarbo (2022): Rassismus und gesellschaftliche Produktionsverhältnisse. Ein materialistischer Rassismusbegriff, in: Mendivil/Sarbo (Hrsg.), Die Diversität der Ausbeutung. Zur Kritik des herrschenden Antirassismus, Dietz Berlin, S. 37-63.

A9. Antrag: Solidarität mit dem revolutionären Aufstand im Iran!

Die Tötung der Kurdin Jîna (Mahsa) Amini durch die Sittenpolizei des iranischen Regimes war der letzte Zündfunke, der die Unzufriedenheit mit den Machthabenden im Iran zum Explodieren brachte. Ausgehend von den national unterdrückten kurdischen Gebieten entfaltete sich ein Lauffeuer, das die Mullah-Diktatur bis heute grundsätzlich infrage stellt. Unter den oberflächlich politischen Fragen von gesetzlich festgeschriebener Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts von Frauen und den nationalen Minderheiten brennt darüber hinaus die soziale Frage.

Revolutionäre Arbeiter*innenbewegung an der Spitze der Proteste im Iran

Bereits 2019 wurde eine Protestwelle gegen das iranische Regime brutal niedergeschlagen. Die von Donald Trump verhängten Wirtschaftssanktionen und Handelsembargos haben die Corona-Pandemie und die Inflation haben die Massenverarmung im Iran bis zum Siedepunkt verschärft. Frauen im Iran trafen die Entlassungen im ersten Pandemie-Jahr bei ohnehin schon geringem Beschäftigungsanteil doppelt so stark wie Männer: Von über einer Million Jobverlusten betrafen 662.852 Frauen.[1] Im Folgejahr stiegen zudem Arbeitskämpfe und regelmäßige Streiks in einem volkswirtschaftlichen Stützpfiler des Irans, dem Ölsektor. Gegen die gefälschten Wahlen von Raisi als Staatsoberhaupt des Iran entstand eine politische Boykottkampagne.

In Jînas Heimatstadt Saqqez, dessen Bevölkerung mehrheitlich der Arbeiter*innenklasse angehört, breiteten sich die Proteste von dort im gesamten iranischen Staatsgebiet aus [2]. Zum Beistand der aktuellen Demonstrationen werden die Proteste in weiten Teilen des Landes, durch die Streiks der Arbeiter*innen in der Petrochemie und der Zuckerrohrfabriken unterstützt [3, 4]. Bereits Anfang des 20. Jahrhunderts formierte sich mithilfe der 1905 gegründeten Sozialdemokratischen Partei die Arbeiter*innenbewegung im Iran. Unter Einfluss Shah Reza Pahlavis konnte die Arbeiter*innenschaft trotz der Schaffung wachsender Fabriken und den neugegründeten Universitäten nicht weiter an Einfluss gewinnen [5]. Zum Zwecke der Revolution im Jahr 1979 wurde die iranische Linke und Arbeiter*innenbewegung, die gegen den Shah und seine Diktatur schon lange und entschieden protestierte von Ajatollah Chomeini instrumentalisiert und sich ihrer dann in Säuberungs- und Hinrichtungswellen entledigt [6]. Nach fast zwanzig Jahren des Terrors und des Schweigens (1979-1999), in denen die kapitalistischen und neoliberalen Interessen der iranischen Regierenden voranschreiten konnten, ohne auf Widerstand zu stoßen, begann es neue Aufstände zu geben [2]. Mit der gescheiterten grünen Revolution, spätestens aber seit dem Jahr 2010 ist der Klassenkampf militanter sowie organisierter geworden.

Die Beschäftigten haben trotz der gesetzlichen Hürden und der politischen Repression gegen Tarifverhandlungen unabhängige und parallele Gewerkschaftsorganisationen gegründet, die den staatlich geförderten Gewerkschaften Konkurrenz machen. Massive staatliche Repressionen gegen nicht staatliche Gewerkschaften zwingen diese in den

Untergrund. Die Arbeiter*innenklasse in der Geschichte des modernen Iran ist noch nie so organisiert und aktiv gewesen, wie sie es heute ist. Dies beschränkt sich nicht nur auf Arbeiter*innen, die arbeitsplatzbezogene Forderungen stellen.[6]. Das Regime ist sich diesbezüglich darüber im Klaren, dass eine Vereinigung der Interessen von Protestierenden und Arbeiter*innen, die ohnehin schon außerordentlichen Proteste, seit dem Tod von Jîna (Mahsa) Amini, abermals verstärken würde [3].

Die jüngst ausgebrochenen Aufstände stellen alles Vergangene in den Schatten: Landesweit wehren sich Menschenmassen in Städten, Dörfern, Gemeinden und Universitäten mit Protestmärschen, Straßengefechten und -blockaden gegen die Regimekräfte und stellen ihre unterdrückerische Herrschaft infrage. Hunderte wurden infolge der Repressionen inhaftiert, gefoltert und getötet, doch die Protestbewegung lebt weiter. Lehrkräfte, Tankwagenfahrer*innen, kleine Ladenbesitzer*innen und Industriearbeiter*innen in der Ölraffinerie, Petrochemie und den Zuckerrohrfabriken wurden von der Bewegung zu mehrtägigen Streiks inspiriert. Auch wenn sich die Aktionen noch nicht auf einen Großteil der Belegschaft ausweiten konnten, liegt in der Verbindung der Arbeitsstreiks mit den politischen Forderungen der Straßenbewegung eine Perspektive. Die iranische Bevölkerung hat allen Grund und jedes Recht, gegen ihr Regime aufzubegehren.

Wer über Iran spricht, darf nicht über Kurdistan schweigen!

Jîna (Mahsa) Aminis kurdische Identität und die strukturelle Unterdrückung von Kurd*innen im Iran nimmt eine zentrale Rolle in den Protestbewegungen ein. Der Widerstand gegen das iranische Regime ist in kurdischen Gebieten besonders groß, die landesweiten Proteste begannen in Jînas Heimatstadt Seqiz und breiteten sich daraufhin im ganzen Iran aus. Dementsprechend gewaltvoll sind die Repressionen des iranischen Regimes gegen Proteste von Kurd*innen. Mit der Begründung, die kurdischen Parteien seien schuld an den Aufständen, rechtfertigt das Regime die zahlreichen Angriffe auf Stützpunkte kurdischer Parteien und zivile Ziele in Ostkurdistan. In Mahabad kam es zu besonders massiver Gewalt seitens der iranischen Polizei- und Einsatzkräfte, die dort aus Militärkonvois wahllos auf Protestierende geschossen haben. Auch aus Sine, Bokan, Abdanan, Dehgulan und Pîranşar werden von Massakern an der kurdischen Bevölkerung und sexualisierter Gewalt und Folter durch iranische Sicherheitskräfte berichtet. Die gewaltsamen Repressionen sind nicht unabhängig von dem jahrzehntelangen Freiheitskampf von Kurd*innen zu betrachten, die bereits schon vor der Islamischen Revolution 1979 linke und sozialistische Organisationen gründeten. Kurz nach der Revolution 1979 boykottierten Kurd*innen ein Referendum über eine neue Verfassung, die die islamische Republik als Staatsform konstituieren sollte. Kurd*innen wurden als gesellschaftliche Minderheit systematisch von Gesetzen ausgeschlossen und organisierten als Reaktion auf militärische Repressionen mehrere Generalstreiks, um ihre politische Selbstbestimmung einzufordern.

Die Parole „Jin, Jiyan, Azadî“, die zum Leitspruch der Proteste geworden ist, hat ihren Ursprung in der revolutionären kurdischen Frauen- und Freiheitsbewegung in den 80er-Jahren und wurde z.B. von Kämpfer*innen der Frauenverteidigungseinheiten YPJ in Rojava gegen den IS genutzt. „Jin, Jiyan, Azadî!“ steht nicht nur für den Kampf für das gute Leben für Arbeiter*innen und Arme und gegen staatliche Repressionen, stellt aber auch das Thema Sexismus und Gewalt gegen Frauen in den Vordergrund. In den westlichen Medien

ist die Darstellung der Unterdrückung der Frauen durch patriarchale und autokratische Kräfte im Iran sehr verkürzt. Oft geht es um den Zwang ein Kopftuch zu tragen, selten jedoch über die systematische Einschränkung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte von Frauen und queeren Personen, Misshandlungen, exzessive Anwendung der Todesstrafe und brutale Gewalt gegen jegliche Proteste, insbesondere in kurdischen Gebieten. So kamen seit den jüngsten Protesten über 300 Menschen ums Leben. Etwa 15 000 Menschen wurden eingesperrt, denen bei Verurteilung die Todesstrafe droht. Darüber hinaus werden unverheiratete Frauen vor der Hinrichtung zwangsverheiratet und vergewaltigt, um sie zu entehren.

Die heuchlerische Doppelmoral der Parteien der Bundesregierung entlarvt sich durch deren Vereinnahmung des Protestslogans im Namen einer "feministischen Außenpolitik" und der gleichzeitigen Unterstützung von Angriffen des NATO-Partners Türkei auf kurdische Gebiete und muss entsprechend kritisiert werden. Internationale radikale Solidarität mit den kurdischen Aufständen bedeutet die Anerkennung langjähriger revolutionärer Widerstandsbewegungen von Kurd*innen und der Einsatz gegen die völkerrechtswidrigen Angriffe der Türkei und anderen Akteuren auf kurdische Gebiete. Zudem muss sich gegen jede Kriminalisierung von kurdischen Parteien, wie die PKK, gestellt werden, um den Aufbau eines demokratisch freiheitlichen Projekts zu unterstützen.

Mehr als „Kopftuch-Proteste“: Islamfeindlichkeit ist keine Solidarität!

In Teilen der deutschen Presselandschaft wird die Welle der Revolte im Iran, in den kurdischen und weiteren Gebieten, als Kopftuch-Protest bezeichnet. Das greift angesichts dieser Entwicklungen viel zu kurz. Der gesetzliche Kopftuchzwang und die Gewalt der Sittenpolizei im Auftrag des iranischen Regimes entwickelte sich zum Katalysator, dessen repressive Herrschaft bis in die Grundfesten infrage zu stellen und weit über diese Forderung hinauszugehen. Darstellungen, die die islamische Religion zur Ursache aller Unterdrückung im Iran erklären, bieten weder eine Erklärung noch eine Perspektive. Jeglicher staatliche Zwang – ob zum An- oder Ausziehen des Kopftuches – ist von links zu bekämpfen. Während Frauen in Frankreich, Indien und anderen Gebieten für ihr Recht protestieren, das Kopftuch zu tragen, kämpfen sie im Iran gegen den Zwang, es tragen zu müssen. Das Gemeinsame ist der Einsatz für das Recht auf Selbstbestimmung. Die Demonstrationen für den Iran in einem Land wie Deutschland, in dem antimuslimischer Rassismus vorherrschend ist, dürfen nicht islamfeindlichen Hetzer*innen überlassen werden. Das gilt ebenso für die auch in Deutschland lebenden Sympathisant*innen der ehemaligen Schah-Monarchie, deren Errichtung, durch einen 1953 vom CIA und MI6 unterstützten Militärputsch gegen eine säkulare Demokratie unter Mossadegh, und jahrelange Terrorherrschaft die Mullahs unter Khomeini für Teile der iranischen Bevölkerung überhaupt erst als „das kleinere Übel“ erscheinen lassen hat.[7]

Gegen jede imperialistische Instrumentalisierung!

Rufen nach Krieg und NATO-Überfällen auf den Iran sind wie jeder anderen imperialistischen Aggression im Interesse von Großmächten aufs Entschiedenste zu widersprechen. Selbst das US-amerikanische Zentrum für Menschenrechte im Iran ist deutlich in seiner „expliziten Opposition gegen jegliche interventionistische und militärische

Aktionen gegen den Iran“[8]. Sanktionen haben der Zivilbevölkerung, insbesondere oppositionellen Frauenrechtler*innen im Iran, laut über 170 iranischen Frauenaktivist*innen schweren Schaden zugefügt.[9] Eine Verschärfung der Sanktionen schwächt die iranische Bewegung gegen das eigene Regime. Sogar die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) muss zum historischen Scheitern von Sanktionen zugunsten gesellschaftspolitischer Veränderung konstatieren: „Stattdessen provozieren Sanktionen häufig Verhaltensänderungen in die entgegengesetzte Richtung und erzeugen eine Wagenburgmentalität aufseiten des Empfängers. Diese spielt wiederum den politisch Verantwortlichen in die Hände, denen sich Sanktionen als willkommener Sündenbock anbieten, um vom eigenen wirtschaftlichen Missmanagement abzulenken. Anstatt Massenproteste auszulösen, die vielleicht zu einem Regimewechsel führen könnten, stärken Sanktionen eher die Solidarität der Bevölkerung mit den jeweiligen Eliten.“[10]

Als SDS stehen wir solidarisch an der Seite der iranischen und kurdischen Protestbewegung von unten, ohne gleichzeitig in die Falle des verlogenen Eigeninteresses der deutschen Bundesregierung und ihrer Weltmachtambitionen zu tappen. Der Bundesvorstand des SDS organisiert darüber hinaus eine Info-Veranstaltung, die auf die Proteste im Iran aufmerksam und Genoss*innen zu dem Thema sprechfähig macht. Die Heuchelei der Ampel-Koalition und ihrer Vereinnahmung des Protestslogans „Jin, Jiyan, Azadî!“ („Frau, Leben, Freiheit!“) hat sich spätestens dann mal wieder als Farce entpuppt, seitdem dieselbe Regierung den jüngsten Angriffskrieg der Türkei unter Erdoğan auf die in Kobane, Syrien und Irak lebende kurdische Bevölkerung mitträgt[11], die diese Parole ins Leben gerufen hat.

Unsere Solidarität und unser Internationalismus von unten bleiben unteilbar!

Literatur:

[1] vgl. Heidari 2022

(https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&ved=2ahU-KEwjPjamFi8n7AhXjR_EDHcv8DgsQFnoECBIQAQ&url=http%3A%2F%2Fwww.mondopoliti.it%2Fwp-content%2Fuploads%2F2022%2F03%2FHow-did-COVID-19-pandemic-impact-on-womens-employment-in-Iran.pdf&usg=AOvVaw0QZ01Zp_mALwhFbzAEpZGH)

[2] Parandeh, Sayeh Javadi (2022) Massenproteste im Iran: »Keine Mullahs, kein Schah, nur Demokratie« <https://jacobin.de/artikel/massenproteste-im-iran-keine-mullahs-kein-schah-nur-demokratie-jina-mahsa-amini-hidschab-streik/>

[3] Bahram Ghadimi, Shekoufe Mohammadi (2022) Jenseits der medialen Propaganda: ein anderer Blick auf den Volksaufstand im Iran <https://lowerclassmag.com/2022/10/28/jenseits-der-medialen-propaganda-ein-anderer-blick-auf-den-volksaufstand-im-iran/>

[4] Nick Clark (2022) New wave of Iran protests deepens pressure on the regime <https://socialistworker.co.uk/international/new-wave-of-iran-protests-deepen-pressure-on-the-regime/>

[5] Daniel Walter (2021) Ein linker dritter Weg in Iran, Khalil Maleki – ein Denker des demokratischen Sozialismus <https://www.rosalux.de/publikation/id/43572/ein-linker-dritter-weg-in-iran>

[6] Saba Farzan (2009) Zur Sonne, zur Freiheit <https://taz.de/Debatte-Arbeiterbewegung-im-Iran/!5158867/>

[7] <https://www.dw.com/de/1953-irans-gestohlene-demokratie/a-17008768>

[8] <https://iranhumanrights.org/2022/08/prioritizing-human-rights-in-iran-a-new-u-s-foreign-policy-approach/>

[9] <https://iranhumanrights.org/2019/05/170-iranian-women-activists-condemn-sanctions-and-threat-of-war/>

[10] <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/275108/sanktionen-in-den-internationalen-beziehungen/>

[11] <https://taz.de/Tuerkei-Besuch-der-Innenministerin/!5893760/>

A11. Rosa-Luxemburg Konferenz und Luxemburg-Liebkecht-Demonstration 2023

- Die Linke.SDS erstattet - unter finanziellem Vorbehalt - Fahrtkosten für die Teilnahme an der XXVIII. Rosa-Luxemburg-Konferenz am 14. Januar 2023 in Berlin sowie an der Luxemburg-Liebkecht-Demonstration am 15. Januar 2023 in Berlin.
- Die Linke.SDS unterstützt die XXVIII. Rosa-Luxemburg-Konferenz sowie die Luxemburg-Liebkecht-Demonstration formal und ruft zur Teilnahme auf.
- Die Linke.SDS unterstützt alternative Formate, um am 14./15. Januar 2023 den Ermordeten Sozialist/innen Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht zu gedenken.

A12. Solidarität mit dem Sozialistischen Kuba!

Als sozialistischer und internationalistischer Studierendenverband stehen wir in der Pflicht, uns mit dem sozialistischen Kuba zu solidarisieren, da es sich um einen Staat handelt, der nicht nur vorgibt sozialistisch zu sein, sondern ein reales Vorbild in vielen relevanten Bereichen darstellt.

Daraus folgt für uns als SDS:

1. Nieder mit der mörderischen Blockade!

Wir verurteilen die völkerrechtswidrige Blockade der Vereinigten Staaten gegen Kuba. Der seit über 60 Jahren andauernde Wirtschaftskrieg muss mit sofortiger Wirkung beendet werden, damit die kubanische Bevölkerung in Frieden und Würde leben kann.

Dies ist international schon lang keine kontroverse Position mehr: Erst vor wenigen Wochen stimmten die Mitgliedsstaaten der UN zum 31. Mal mit überragender Mehrheit für die Aufhebung der Blockade. Lediglich die Vereinigten Staaten sowie Israel stimmten dagegen, Brasilien und die Ukraine enthielten sich [1].

2. Schluss mit den Falschinformationen und der Diskreditierung!

Die kubanische Revolution und ihre Errungenschaften müssen verteidigt werden. Dazu muss auch der Informationskrieg (v.A. vorangetrieben durch die Vereinigten Staaten) und die damit verbundenen Desinformations-, Hass- und Destabilisierungskampagnen ein Ende nehmen.

Wir als SDS sehen uns in der Pflicht, unsere Kanäle (Online/Print) zu nutzen, um über die Realität auf Kuba aufzuklären und dadurch ein Gegengewicht zur herrschenden antikomunistischen Propaganda darzustellen.

3. Bündnisse stärken!

Der SDS unterstützt die Organisationen Cuba sí [2], Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba [3] und Unblock Cuba [4] bei ihrer Solidaritätsarbeit.

Praktisch bedeutet das:

- Veranstaltungen/Aktionen der genannten Organisationen werden aktiv beworben und Mitglieder des SDS (bspw. über den Verteiler/Info-Channel) eingeladen.
- Die Organisationen werden dazu eingeladen, bei größeren SDS Veranstaltungen Infostände zu machen und Grußwörter zu halten, die durch verstärkte Zusammenarbeit (Austausch zwischen BGs & Vorständen) flankiert werden.

4. Diplomatische Beziehungen stärken!

Der SDS wählt eine Delegation (3 Mitglieder des Bundesvorstandes + 3 weitere Genoss:innen), die einen Austausch mit der kubanischen Botschaft in Berlin organisiert. Ziel des Austausches soll eine gemeinsame Veranstaltung zu den gegenwärtigen Kämpfen auf Kuba sein, um voneinander zu lernen.

Die Delegation soll innerhalb der nächsten zwei Monate durch den Bundesvorstand gewählt werden.

5. Solidarität leben!

Während der Corona-Pandemie "beglückte" die deutsche Bundesregierung weiterhin die internationale Gemeinschaft mit Auslandseinsätzen und der Blockierung von Patentfreigaben des Corona-Impfstoffs. Kuba hingegen schickte international keine Soldat:innen, sondern half selbst G7-Staaten wie Italien mit medizinischen Hilfsgütern, ganzen Ärzte-Brigaden und stellte weltweit kostengünstig die selbstentwickelten Impfstoffe zu Verfügung. So sieht internationale Solidarität aus! Daraus können wir lernen.

Blockade, Corona-Pandemie und zuletzt auch schwere Naturkatastrophen - wie Hurrikan "Ian" Ende September 2022 - treffen das Land jedoch schwer. Neben Bildungs- und Soliveranstaltungen brauchen unsere Genoss:innen auf Kuba daher auch unsere materielle Unterstützung.

Deshalb unterstützt der SDS das aktuelle Projekt "Ein Solarkraftwerk für Cuba" [5] des Netzwerks Interred Cooperación e.V. mit einer Spende von 1000€.*

Verweise:

[1] <https://www.jungewelt.de/artikel/438103.un-resolution-kuba-usa-185-2.html>

[2] <https://cuba-si.org/>

[3] <http://fgbrdkuba-berlin.de/>

[4] <https://www.unblock-cuba.org/>

[5] <https://interred-org.de/>

*Hinweis Beschluss des Bundesvorstandes am 01.03.2023: Der Teilbeschluss von A12 für 1000 Euro finanzielle Unterstützung wurde vom Bundesvorstand nachträglich zurückgezogen.

A15. Unterstützung der Kampagne "Flip the switch - Tax the rich!"

Der Bundesverband stellt dem SDS Hessen 1.000€ für die Kampagne "Flip the switch - Tax the rich!" zur Verfügung. Der Bundesverband macht sich die Kampagne zu Eigen. Es werden alle Basisgruppen herzlich eingeladen, sich der Kampagne und den dezentralen Aktionstagen im Januar anzuschließen.

Wir können uns eure Kriege nicht leisten!

Aktuell werde die "Freiheit" in der Ukraine verteidigt. Mit diesem Mythos wurde die 100 Mrd. Euro Aufrüstung durchgesetzt. Wir werden auf Frieren im Winter vorbereitet und „alle“ sollen sparen, selbst diejenigen, die nichts zu sparen haben. Mit Dusch- und Kleidungstipps soll von den Profiteuren des Krieges und der sozialen Verwerfung durch explodierende Energiepreise abgelenkt werden. Die neoliberalen Parteien - ob in den Regierungen oder im Wartestand - versuchen auf diese Weise, die Bevölkerung in den globalen Wirtschaftskrieg einzubeziehen und Ruhe an der „Heimatfront“ herzustellen. Wegen der aktuellen Kriegspolitik und sozialer Kälte steigen die Mensa-, Wohn- und Essenspreise. Für uns Studierende ein Tiefschlag, lebten doch bereits vor Corona (!) 30% in Armut, mittlerweile sind es 38% - Tendenz steigend. Gleichzeitig steigen Millionengehälter der DAX-Manager um knapp 25%.

Arme Studierende im reichen Deutschland

In dieser Situation schließt sich das Deutsche Studentenwerk der Burgfriedenspolitik der Bundesregierung an und verteilt mit der Kampagne "Flip the Switch" Spar-Tipps an Studierende: "Einfach mal die Heizung herunterdrehen, das Licht ausschalten, den Wasserhahn zudrehen", so der Appell des Studierendenwerks. Gleichzeitig steigen die Preise in den Mensen deutlich und die wenigen (glücklichen) Studierenden, die einen Wohnheimplatz haben, dürfen sich auf eine saftige Betriebskostenerhöhung freuen. Wir vom SDS finden: es reicht! Wir Studierende brauchen keine Spartipps. Wir brauchen ein Bafög als Vollzuschuss für Alle in Höhe von mind. 1300€, bezahlbare Lebensmittel und genügend öffentlichen Wohnraum!

Das Deutsche Studentenwerk mit seiner "Flip the Switch"-Kampagne ordnet sich bereitwillig dem herrschenden öffentlichen Diskurs unter - nach dem Grundsatz "Unterhaken und Zusammenhalten" (Scholz). Die Wurzel des Problems liegt jedoch an anderer Stelle. Nicht die Studierendenwerke sind das Problem, sondern ihre Unterfinanzierung durch die Landesregierungen in den letzten Jahrzehnten.

Zuschüsse der Länder machen in Hessen, wie auch für Studierendenwerke bundesweit, heute nur noch rund 10% der Finanzierung aus. Zum Vergleich: Anfang der 90er-Jahre lag dieser Anteil noch bei rund 24%. Die Kürzungen von staatlicher Seite gleichen die Studierendenwerke dadurch aus, dass sie u.a. Semesterbeiträge, Mieten und Mensapreise erhöhen oder Leistungen kürzen und Stellen abbauen. Die Unterfinanzierung geht damit direkt auf Kosten von Studierenden und Beschäftigten.

Während von jungen Menschen ständig Solidarität (=damit gemeint war immer Verzicht) eingefordert wurde, möchten wir Studierende aktiv entlasten. Dafür soll der Semesterbeitrag ausgesetzt werden. Diese Kosten sind versteckte Studiengebühren und aktuell eine gigantische Belastung. Flankiert davon fordern wir eine weitere Bafög-Reform in Richtung des Konzepts des Studienhonorars in Höhe von 1300€ (für alle Studierende), damit Studierende auch als wertschöpfender Teil der Gesellschaft gesehen und einen existenzsichernden Lohn erhalten.

In diesem Sinne richten wir uns an die hessische Landesregierung in Wiesbaden.

Wir fordern:

1. Mensapreise und Mieten runter!

Für eine volle Ausfinanzierung der Studierendenwerke durch das Land Hessen

2. Aussetzung der Semesterbeiträge! Unbürokratische Soforthilfe!

Schnelle Ausgleichszahlungen für Kostensteigerungen der Studierenden und Hochschulen! 1200€ Studienhonorar für Alle!

3. Demokratisierung der Hochschulen!

Gleiches Stimmrecht für alle Hochschulangehörigen!

Wir rufen die hessischen Hochschulen und Studierendenwerke dazu auf, sich unseren Forderungen an das Land Hessen anzuschließen. Beide Institutionen tragen die gesellschaftliche Verantwortung, allen Menschen eine gute Bildung zu ermöglichen. In der Zeit vom 16.-20. Januar führen wir dezentrale Aktionstage an den hessischen Hochschulen durch. Für ein gutes Studium für alle!

A16. Für eine sozialistische Klimabewegung - TVN 24 unterstützen

1. Highway to climate hell

Vor wenigen Wochen veröffentlichten die Vereinten Nationen (UN) ihren aktuellen Klimabericht: Sie berichten über den Rekordanstieg von Treibhausgasen, saurere Weltmeere, das Schmelzen von Meereis und Gletschern, steigende Meeresspiegel und extremere Wetterlagen. Es zeigt sich erneut das dramatische Ausmaß einer Klimakatastrophe, die weltweit schon längst verheerende Folgen hat. Kurze Zeit später tagte die Weltklimakonferenz – die COP27 – in Ägypten, die unter anderem von António Guterres mit den treffenden Worten **“We are on a highway to climate hell with our foot on the accelerator”** eröffnet wurde. Dennoch scheitert die Weltklimakonferenz erneut daran, auch nur ansatzweise wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Klimakrise umzusetzen. Als Sozialist*innen überrascht uns dies nicht, denn wir wissen, dass der Staat als ideeller Gesamtkapitalist keinerlei Interesse daran hat und dass unsere Krisen eine gemeinsame Wurzel haben: das kapitalistische System!

Dem Kapitalismus sind viele Mechanismen inhärent, die zwangsläufig zur zerstörerischen Ausbeutung des Planeten und fatalen Folgen für die Menschheit führen. Die Welt wird durch Profitinteressen der herrschenden Klasse bestimmt und nicht durch die Bedürfnisse der 99%. Für uns als Sozialist*innen ist klar: Es braucht einen Bruch mit diesem ausbeuterischen und menschenverachtenden System. Wir wollen keinen grün angestrichenen Kapitalismus: Es braucht eine ökosozialistische Revolution. Dabei sollten wir eben nicht nur kleine Prozesse anstoßen, sondern strukturiert Gegenmacht aufbauen. Wir brauchen eine Revolution von unten, getragen durch gesellschaftliche Mehrheiten und dafür eine organisierte Arbeiter*innenschaft und breite Bündnisse zwischen Beschäftigten und Klimabewegung. Wir arbeiten am climate turn der Arbeiter*innen und Gewerkschaften und am labour turn der Klimabewegung. Als Studierende haben wir zwar nur wenig ökonomische Macht, aber wir können Projekte und Kampagnen initiieren, prägen und vorantreiben und unseren Teil zur Veränderung beitragen, als organischer Teil der Bewegung oder indem wir eine Scharnierfunktion einnehmen diese Bündnisse zu schmieden und zu stärken.

2. Von Repression & der Klimagerechtigkeitsbewegung

In der Klimagerechtigkeitsbewegung wird bereits vehement ein Systemwechsel mit der Parole **“system change not climate change”** gefordert. Die Bewegung besteht aber aus sehr vielen Akteur*innen mit verschiedenen Strategien, wie man diese Veränderung erreichen kann. Auch darüber, welches System eigentlich gefordert wird, gibt es keine einheitliche Überzeugung. Einige Teile der Klimabewegung verstehen die Forderung nach einem Systemwechsel nicht als antikapitalistische, sondern konzentrieren sich auf eine Veränderung des individuellen Konsums oder lediglich bezüglich des Wirtschaftswachstums.

Das Problem ist aber größer und wir als Sozialist*innen wissen, dass wir es mit individuellem Verzicht nicht lösen können. Wir stehen vor der Herausforderung, dass wir ganze

Industriebranche, wie die Kohle- und Autoindustrie, transformieren müssen. Der Ansatz von Gruppen wie Ende Gelände ist es, die Produktion zum Beispiel in der Kohleindustrie durch zivilen Ungehorsam (ZU) zu unterbrechen. Ziviler Ungehorsam wird momentan auch medienwirksam von der Letzten Generation als Strategie und Aktionsform benutzt. Aktivist*innen kleben sich zum Beispiel an Straßen, Fluglandebahnen oder Gemälden fest. Auch wenn wir Kritik an der Strategie der letzten Generation üben, wollen wir unsere Solidarität mit den Aktivist*innen ausdrücken. In München sitzen derzeit 14 Klimaaktivist*innen im Gefängnis, ohne dass sie einen Prozess hatten. Diese Präventivhaft wird mit der Gefährdung der Sicherheit begründet. Dabei sollen diese staatlichen Repressionen vor allem Klimaaktivist*innen einschüchtern und die Profite der Konzerne sichern. Begleitet werden die staatlichen Repressionen von einer diffamierenden & moralisierenden Kampagne der bürgerlichen Presse gegen angebliche „Ökoterroristen“, die wir entschieden zurückweisen und kritisieren.

Gleichzeitig üben wir solidarische Kritik an der Strategie von Letzte Generation. Durch Blockaden und symbolischen Widerstand immer wieder die Dringlichkeit einer fundamentalen Kehrtwende zu betonen, ist wichtig und auch die kleinen Unterbrechungen der fossilen Zerstörung unserer Lebensgrundlagen sind als solche sinnvoll. Aktionen des zivilen Ungehorsams werden allerdings nicht ausreichen. Sie als einzige Form der Politik zu verfolgen, halten wir für problematisch. Denn wenn die Aufklärung über die dramatischen Zustände nicht einhergeht mit einer kollektiven Perspektive, wie wir wieder mehr Kontrolle über die Art unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens erhalten, dann kann Aufklärung auch abschrecken und Angst machen. Wie soll ich alleine umgehen mit der Erkenntnis, dass das planetarische Leben und damit mein eigenes bedroht ist? Um wirklich handlungsfähig zu werden, müssen wir uns fragen, an welchen Stellen wir Kontrolle zurückerlangen können, wo wir durch kollektives Handeln die Verfügung über unsere Lebensbedingungen zurückbekommen.

Wir wollten daher einen Raum schaffen, in dem über Strategien in der Klimabewegung diskutiert werden kann und Projekte miteinander verbunden werden, um tatsächliche Machthebel gegen den Klimawandel zu identifizieren und bestmöglich anzuwenden. Dieser Raum war der System Change Kongress Ende Oktober in Leipzig.

3. Für eine ökosozialistische Klimabewegung!

Als SDS können wir auf einen erfolgreichen System Change Kongress zurückblicken. Mit dem Kongress ist es uns gelungen, große Teile der Klimabewegung zusammenzubringen und den ökosozialistischen Pol der Klimabewegung zu stärken. Es gab viel Raum, unser theoretisches Fundament zu stärken, Debatten über Strategievorschläge zu führen und vor allem das erworbene Wissen und die Überlegungen auf konkrete Projekte zu übertragen. Im Rahmen des Kongresses fanden Werkstätten statt, bei denen konkrete Projekte diskutiert und vorangetrieben wurden (z.B. Genug ist Genug aber auch TVN).

Deshalb schlagen wir vor **als SDS** nicht nur „Genug ist Genug!“ zu unterstützen und an die Hochschulen zu bringen, sondern auch **die Tarifverhandlungen im Nahverkehr 2024 (TVN 24) solidarisch zu begleiten und aktiv zu unterstützen!** Große Teile der Klimabewegung (beispielsweise Teile von FFF) zeigen bereits Interesse an TVN, es handelt sich also um ein geeignetes Projekt, um sowohl die Klimabewegung in einer gemeinsamen

Strategie zusammenzubringen als auch Bündnisse mit Beschäftigten zu schmieden. Die TVN Kampagne verbindet politische mit ökonomischer Macht und ist dadurch ein wichtiger strategischer Baustein für die Mobilitätswende. Sie kann kollektive Handlungsfähigkeit ausstrahlen und Menschen einbinden, die aktuell noch auf individuelle Scheinlösungen setzen.

Gerade die TVN Kampagne bietet sich dafür an, weil die Interessen von Beschäftigten und der Klimabewegung unmittelbar zusammenfallen. Gute Bezahlung und Arbeitsbedingungen sind nicht nur für Beschäftigte wichtig, sondern auch für den dringend notwendigen Ausbau des ÖPNV. Die Arbeit in Bündnissen auf Augenhöhe ermöglicht aber auch das Aufstellen von gemeinsamen Forderungen, die über betriebliche Interessen hinausgehen. Beispielsweise die Lehrer*innenstreiks in den USA 2018/19 zeigen uns, wie erfolgreich diese Strategie sein kann. Außerdem stellen wir so sicher, dass Verkehrswende, Klimaanpassungen und der Umbau fossiler Industrie sozial abgesichert werden und verhindern so ein Gegeneinander ausspielen von ökologischer und sozialer Frage.

Gewerkschaften können in diesen Auseinandersetzungen einerseits bestehende Verhältnisse stabilisieren, aber andererseits auch stark gesellschaftsverändernd wirken. Sie können durch Kompromisse zwischen den Interessen der Beschäftigten und der Arbeitgeber*innen Klassenauseinandersetzungen entschärfen, aber haben auch das Potential, Interessen von Beschäftigten durchzusetzen. Ob sie eher stabilisierend oder verändernd wirken, hängt ab vom Organisationsgrad der Beschäftigten, den Forderungen, die gestellt werden und von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und Stimmungen ab. Gerade diese können wir durch die Kampagne verändern und so die Voraussetzung für die Durchsetzung von Klimazielen schaffen.

Erste Treffen zu TVN24 haben bereits sowohl auf Bundes- als auch auf lokaler Ebene stattgefunden. **Wir rufen die Ortsgruppen auf, in bereits angestoßene Prozesse mit einzusteigen und dazu beizutragen, die Kampagne voranzutreiben - der Bundesvorstand soll die Prozesse auf lokaler Ebene unterstützen.** Das Projekt sollten wir nicht nur auf lokaler Ebene unterstützen, sondern uns auch in die bundesweite Vernetzung einbringen. In vielen Städten wurde die TVN Runde bereits 2020 unterstützt. Das bedeutet, dass es bereits Kontakte, Erfahrungen und Bündnisse gibt, auf die wir zurückgreifen können. Um TVN erfolgreich zu begleiten, wollen wir uns verstärkt mit Klimagruppen vernetzen. Dabei wollen wir nicht nur Leute für die Kampagne gewinnen, sondern auch die Frage beantwortet, wie wir es schaffen, wieder eine starke Klimabewegung an den Unis an den Start zu bringen. Dabei sollten wir die derzeit stattfindenden Hörsaalbesetzungen von End Fossil als Raum des Austausches mit und innerhalb der Klimabewegung nutzen. Mit "Genug ist Genug!"-Unigruppen können wir dabei sowohl die Hörsaalbesetzungen von End Fossil unterstützen als auch Kontakte zu Beschäftigten bei ihren Tarifverhandlungen knüpfen.

4. TV-N - die Kampagne:

2024 wird der Tarifvertrag für den öffentlichen Nahverkehr (TVN) verhandelt. In diesem Tarifvertrag sind die Arbeitsbedingungen von 80.000 Beschäftigten im ÖPNV geregelt. Wir wollen darauf hinarbeiten, dass es 2024 bundesweit Klima- und ÖPNV Streiks gibt: 80.000 streikende Bus- und Bahnfahrer*innen und 80.000 Klima-Aktivist*innen die gemeinsam

streiken. Das ist ein erstes Zwischenziel und soll als Weichenstellung für eine weitergehende Veränderung des ÖPNV fungieren. Denn wir haben eine Vision von einem öffentlichen Nahverkehr, der so gut ausgebaut, kostenlos, ökologisch nachhaltig und flexibel funktioniert, dass kaum noch jemand auf ein Auto angewiesen ist.

Was ist der aktuelle Stand der Kampagne? Anfang Oktober gab es in Berlin ein bundesweites Auftaktreffen von ver.di und Fridays for Future, bei der erste Schritte besprochen wurden. Es gibt eine bundesweite Vernetzung, sowie einige lokale Vernetzungen und bereits erste Aktionen, die gestartet wurden. Am 29. November 2022 gab es von ver.di organisierte Proteste in zahlreichen Landeshauptstädten, bei denen Beschäftigte ihre Forderung nach einer ordentlichen Finanzierung des ÖPNV deutlich gemacht haben. Anlass war die digital stattfindende Sonderverkehrsminister*innenkonferenz. In vielen Städten wurden die Proteste von FFF und anderen Klimaaktivist*innen unterstützt.

Konkrete erste Schritte:

Gute Erfahrungen wurden und werden mit der Methode des Mapping gemacht: Welche Gruppen gibt es eigentlich in der Stadt? Was sind potenziell relevante Gruppen und Akteur*innen mit denen gesprochen werden sollte? Ziel ist es, mehr zu werden und den Aktivenkreis zu erweitern. Erfolgsversprechend ist es in die Betriebe zu gehen und 1 zu 1 Gespräche führen. In Mainz haben wir auf gemeinsam besuchten Kundgebungen die Erfahrung gemacht, dass Beschäftigte großes Interesse daran haben, sich auszutauschen, von ihren Arbeitsbedingungen zu erzählen und zusammenzuarbeiten.

Auch wenn unmittelbare Bündnisse mit Beschäftigten im Vordergrund stehen sollten, ist die Zusammenarbeit oder solidarische Auseinandersetzungen mit Betriebsrät*innen und ver.di, z.B. mit Gewerkschaftsekretär*innen, wichtig.

Es gibt auch Ortsgruppen, die nicht genug Kapazitäten aufbringen können, die Tarifverhandlungen in einem solchen Umfang für die nächsten 1,5 Jahre zu begleiten. Hier können wir zumindest zu Aktionen der Streikenden mobilisieren, hingehen, solidarisch sein und auf die Kampagne aufmerksam machen.